

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

18. Jahrgang

Berlin, den 20. Juli 1951

Nummer 29

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig.

Industrielle Investitionen und Wiederaufbau

Wissenschaft und Praxis unterscheiden bei der Erörterung der Probleme der industriellen Investitionen lediglich zwischen Ersatz- und Neuinvestitionen. Mit diesen beiden Begriffen allein lassen sich jedoch die besonderen Fragestellungen der Nachkriegsjahre nicht eindeutig fassen. Auch für die volkswirtschaftliche Gesamtbetrachtung ergeben sich aus einer Verfeinerung der analytischen Werkzeuge Gesichtspunkte, die z. B. bei den bisherigen Erörterungen des Rüstungskostenbeitrags nicht gebührend beachtet wurden.

Rationalisierung und Neuinvestitionen

Im Zuge des raschen Wiederaufstiegs der westdeutschen Industriewirtschaft seit der Währungsreform, der in der Zunahme des industriellen Produktionsindex von 51 im Juni 1948 auf über 130 Mitte 1951 zum Ausdruck kommt, haben sich die Produktionsbedingungen weitgehend normalisiert. Dieser Erfolg erklärt sich z. T. daraus, daß trotz Kriegszerstörungen und Demontagen 1948 die Kapazitäten nur z. T. ausgenutzt waren und dieser Spielraum erst im Laufe der Jahre 1949/50 ausgefüllt wurde.

Beträchtlich stärker war jedoch der Einfluß, der auf das Konto der Steigerung der technischen Effizienz und der menschlichen Leistungsfähigkeit zu setzen ist. Daneben erfolgte, wenn auch in beschränktem Umfang, eine Erweiterung der Produktionsanlagen durch echte Neuinvestitionen. Eine indirekte Kapazitätsausweitung kam dadurch zustande, daß die Rationalisierung in der Weise erfolgte, daß längst abgeschriebene bzw. erneuerungsreife und in ihrer Leistungsfähigkeit rasch absinkende Produktionsanlagen durch neue, modernisierte Aggregate von erheblich höherem Leistungsgrad ersetzt wurden. Gleichzeitig ergab sich daraus ein ins Gewicht fallender Kostenersparnis-effekt, da die hohen sachlichen und personellen Aufwendungen für Reparatur, Instandhaltung und Wartung seit der Währungsreform stark zurückgingen. Mit der erhöhten Ausnutzung der Kapazitäten ging eine bemerkenswerte Kostendegression Hand in Hand, die allerdings durch Lohnerhöhungen teilweise kompensiert wurde. Sowohl die Kostendegression als auch der erhöhte Leistungseffekt der regenerierten menschlichen Arbeitskraft und der erneuerten technischen Ausrüstung ermöglichten — neben den günstigen Marktchancen — jene hohen Gewinne,

die ihrerseits die Voraussetzung für das rasche Rationalisierungstempo gewesen sind.

Buchungstechnisch erfolgte diese Selbstfinanzierung der Unternehmungen in erheblichem Umfang auf dem Weg über die Abschreibungen, zum geringeren Teil über Rückstellungs- und Reservekonten. Es wurde also im Prinzip der gleiche Weg beschritten, der während der dreißiger Jahre, vor allem in den Investitionsgüterindustrien, die hohen Investitionsquoten dieser Jahre ermöglichte. Finanztechnisch war die Situation auch insofern ähnlich, als der Industrie in beiden Fällen der Rückgriff auf den privaten Kapitalmarkt versperrt war, wenn auch die Gründe hierfür jeweils verschieden waren: in den dreißiger Jahren die fast ausschließliche Inanspruchnahme des Kapitalmarkts durch den Staat und die mit ihr verbundene Emissionssperre bzw. -kontrolle und heute die durch den umfangreichen privaten Nachhol- und Erneuerungsbedarf bedingte Höhe der Verbrauchsneigung des breiten Publikums. Trotzdem ist, sowohl gesamtwirtschaftlich gesehen als auch vom Standpunkt der Industrie aus, dieser Vorgang heute unter anderen Gesichtspunkten zu beurteilen als damals. Der fundamentale Unterschied zwischen damals und heute ist begründet in dem Charakter der heute auf dem Abschreibungswege finanzierten Investitionen:

Der ursprüngliche und eigentliche Zweck der Anlagenabschreibungen besteht in der Bereitstellung finanzieller Mittel für den Ersatz der turnusgemäß infolge Abnutzung und Verschleiß aus dem Produktionsprozeß ausscheidenden Anlagenbestände. Schon immer — in erheblichem Umfang allerdings erst in den dreißiger Jahren — sind allerdings auch Neuinvestitionen, also Erhöhungen des Anlagevermögens über die vor-

handene Kapazität hinaus über Abschreibungskonto erfolgt. Dieser Weg wird zur bevorzugten Finanzierungsquelle, wenn der Erweiterungsbedarf des Betriebes nicht durch Inanspruchnahme fremder Mittel gedeckt werden kann und eine hohe Besteuerung des ausgewiesenen Gewinns zur Legung stiller Reserven anregt.

Nachhol- und Wiederauffüllungsinvestitionen

Die gegenwärtige Konstellation unterscheidet sich nun von der früheren im wesentlichen dadurch, daß die Abschreibungen z. Zt. weder der Finanzierung von Ersatzinvestitionen im eigentlichen Sinne noch von Neuinvestitionen dienen. Bekanntlich haben seit Beginn der deutschen Aufrüstung 1936 in der Hauptsache die rüstungswichtigen Industrien Ersatzinvestitionen vornehmen können und in vollem Umfang auch dies nur bis zur Kriegsmitte. Der industrielle Produktionsapparat ist deshalb zum erheblichen Teil veraltet. Die für die während dieser Zeit fälligen Ersatzinvestitionen bereitgestellten, aber nicht „realisierten“ Abschreibungen sind bis auf einen Bruchteil durch die Währungsreform annulliert worden. Der beschleunigte Ersatz dieser überalterten, ineffizient gewordenen und hohe Reparaturkosten verschlingenden Anlagen stellte die vordringliche Aufgabe dar¹⁾. Dazu trat als weiterer Bedarf die Wiederherstellung der im Krieg vernichteten bzw. durch Demontagen beseitigten Anlagen.

Für die langfristige volkswirtschaftliche Beurteilung der seit der Währungsreform vorgenommenen Investitionen steht die Frage im Vordergrund, ob und wie weit eine Investition dazu dient, den Leistungsstand der Vorkriegszeit wieder zu erreichen, während die kurzfristige Betrachtungsweise, die das Produktionsniveau bzw. den Anlagenstand des laufenden Jahres mit dem des Vorjahres vergleicht, in die zweite Linie rückt. Maßgebend für die Beurteilung ist also hier der Vorkriegsstand der Kapazität.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich, daß mit der üblichen Unterscheidung der Investitionen in Ersatz- und Neuinvestitionen, die für normale Verhältnisse ausreicht²⁾, für die Beurteilung der Nachkriegsverhältnisse nicht auszukommen ist. Vom Standpunkt der kurzfristigen Analyse und vom finanzierungstechnischen Standpunkt sind allerdings die oben erwähnten Investitionen Neuinvestitionen, da die finanziellen Mittel hier-

¹⁾ Nach 1945 beschäftigten sich Maschinenbauanstalten und verwandte Betriebe in erheblichem Umfang mit der Instandsetzung beschädigter und überalterter Maschinen. Es ist anzunehmen, daß diese auf neu hergerichteten Maschinen usw. auch heute noch leistungsfähig sind und daß sie nach Vornahme von Ersatzbeschaffungen neben den neuen Aggregaten im Produktionsprozeß verbleiben.

²⁾ Eine Kategorie besonderer Art stellen die Verbesserungsinvestitionen dar, denen in den dynamischen Zeiten eine nicht unerhebliche Bedeutung zukommt. Es handelt sich um die Erscheinung, daß auf dem Abschreibungswege amortisierte Anlagen durch leistungsfähigere Aggregate ersetzt werden. Sie stellen gewissermaßen ein *mixtum compositum* aus Ersatz- und Neuinvestitionen dar. Vgl. darüber: Eisendrath: „Anlagevermögen und Dekapitalisation der deutschen Industrie“, Sonderheft 8, Neue Folge, des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, S. 42. In sinnvoller Übertragung spielen natürlich auch die Verbesserungsinvestitionen für den betrachteten Zeitraum eine nicht zu unterschätzende Rolle. Von Ausnahmen abgesehen haben neuinstallierte Aggregate eine teilweise nicht unerhebliche höhere Effizienz als die durch sie ersetzten, da die während des Krieges auf dem Produktionsgebiet gemachten technischen Fortschritte zum Teil erst heute realisiert werden können.

für entweder aus den laufenden Produktionserträgen gedeckt (Selbstfinanzierung) oder vom Kapitalmarkt her beschafft werden müssen. Aber ihnen fehlt das für die langfristige Betrachtung entscheidende Kriterium der Neuinvestitionen: die Erweiterung der Kapazität, über den in der Vorkriegszeit erreichten Stand hinaus. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, haben sie den Charakter von Ersatzinvestitionen. Es empfiehlt sich daher, die beiden Begriffe der Neu- und Ersatzinvestitionen durch weitere begriffliche Unterscheidungen zu vervollständigen: Sämtliche Investitionen, die dazu dienen, die Vorkriegskapazität wieder herzustellen, sollen als *Ergänzungsinvestitionen* bezeichnet werden, und diese wiederum zerfallen in zwei große Gruppen, die *Nachholinvestitionen* für die Erneuerung der überalterten Anlagen, soweit sie bis Mitte 1948 abgeschrieben waren, und in *Wiederauffüllungsinvestitionen* für die Wiederherstellung zerstörter bzw. demonzierter Aggregate. Diese zeitbedingten Formen von Anlageninvestitionen drängten seit der Währungsreform die Ersatz- und Neuinvestitionen im eigentlichen Sinne in den Hintergrund, so daß man sagen kann, daß im Jahre 1949/50 gut zwei Drittel der industriellen Investitionen, wahrscheinlich aber erheblich mehr, als Ergänzungsinvestitionen anzusprechen sind.

Selbstfinanzierung

Die Heraushebung dieser Investitionsarten ist auch vom betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkt bedeutsam, da alle Investitionen, die nicht aus den laufenden regulären Abschreibungen gedeckt werden, entweder aus den betrieblichen Erträgen, oder durch die Hereinnahme von Kapitalmarktmitteln finanziert werden müssen. Da die letztere Quelle der Industrie bis auf Ausnahmen¹⁾ verschlossen war, so war sie in der Hauptsache auf dem Weg der Selbstfinanzierung — gegebenenfalls unter Inanspruchnahme kurz- oder mittelfristiger Bankkredite — verwiesen. Der Weg der Selbstfinanzierung war nur dann gangbar, wenn die Marktkonstellation einerseits und die staatliche Steuerpolitik andererseits ihr einen genügend breiten Spielraum ließ. Von dem Umfang dieses Spielraumes aber hing es ab, in welchem Zeitraum der Ergänzungsbedarf gedeckt werden konnte.

Da sich bis zur Währungsreform ein erheblicher Nachholbedarf angestaut hatte und dieser infolge des steigenden Verschleißes kumulativ hätte zunehmen müssen, wäre eine rasch zunehmende Verschlechterung der Effizienz und damit ein weiteres Absinken des industriellen Produktionsvolumens unausweichlich gewesen, falls es nicht gelang, die Bruttogewinnmarge so hoch wie möglich zu halten. Die hohe Verbraucheneigung der Bevölkerung, die auf der einen Seite eine ins Gewicht fallende Fremdfinanzierung dieser Investitionen illusorisch machte, schuf andererseits die Voraussetzung für eine sowohl in die Breite als auch in die Tiefe wirkende Selbstfinanzierung. Von seiten des Fiskus wurden den Bestrebungen der Unternehmungen, den Investitionsbedarf aus den laufenden Er-

¹⁾ Seit der Währungsreform sind bis März 1951 an Industrie-Aktien und Industrieobligationen nur für rund 600 Mill. DM emittiert worden. Das sind bei einem industriellen Investitionsvolumen von schätzungsweise 18 — 20 Mrd. DM etwas über 3 vH der gesamten Investitionssumme.

trägen zu decken, in Anerkennung der hier bestehenden volkswirtschaftlichen Zwangslage durch eine liberale Gestaltung der Bestimmungen über die Bewertungsfreiheit auf Anlagegüter Rechnung getragen. Damit waren die Voraussetzungen für eine rasche Ausfüllung des vorhandenen Kapazitätsdefizits gegeben. Daß dieser Weg wegen der geringen Verbrauchsdisziplin breiter Kreise der Geschäftswelt den unumgänglichen Konsumverzicht auf die Schultern der breiten Masse der Arbeitnehmer abwälzte, ist eine unerfreuliche Begleiterscheinung, die nur darin ihre nachträgliche Sanktionierung finden kann, daß dieser Weg bei der gegebenen Konstellation tatsächlich zu einem Erfolg führte.

So unerfreulich vom sozialen Standpunkt aus die angedeuteten Begleitumstände gewesen sein mögen — der Erfolg ist unbestreitbar. In knapp drei Jahren ist es den Unternehmungen in erheblichem Umfang möglich gewesen, ihre Kapazitäten wieder zu einem effizienten Produktionsinstrument zu entwickeln, die Kapazitätsverluste aufzuholen und gleichzeitig den seit der Vorkriegszeit eingetretenen technischen Fortschritt in weitem Umfang mitzunehmen. Überschlägige Berechnungen gestatten die Vermutung, daß dank dieses kurzfristigen Investitionsstoßes mit einem relativ geringeren finanziellen Aufwand als ein schrittweiser Ersatz der ausscheidungsreifen Aggregate erfordert hätte, ein erheblicher höherer Ausstoß erzielt werden konnte, zugleich mit dem Erfolg, daß die Produktionseinheit heute einen relativ geringeren Abschreibungssatz zu tragen hat, als dies in der Vorkriegszeit der Fall war.

Gleichzeitig konnten die über eine bevorzugte Marktstellung verfügenden Betriebe, die also an sich schon durch bessere Kapitalausstattung begünstigt waren, die Anlagenerneuerung im beschleunigten Tempo vornehmen, während die kapitalschwachen in der Nähe der „Grenze der Produktion“ liegenden Betriebe nachhinkten, wodurch das Gefälle zwischen rationell arbeitenden Betrieben und Betrieben mit geringerer Effizienz weiter erhöht wurde¹⁾. Auf der anderen Seite hat der Verlauf der Entwicklung dazu geführt, daß die verbrauchsnahe Industrien in der ersten Entwicklungsphase infolge der starken Konsumnachfrage zunächst zum Zuge kamen, was insofern zu begrüßen ist, als gerade diese Zweige während der vorangegangenen Aufrüstung und Kriegsperiode nur unzulänglich Ersatzinvestitionen vornehmen konnten. Die Vermutung spricht dafür, daß in diesen Industrien noch immer ein gewisser Nachholbedarf ungedeckt geblieben ist, da die Welle der erhöhten Käufernachfrage bereits im Laufe des Jahres 1949 abebbte und in Anbetracht des Vorwiegens polypolistischer Marktformen der zunehmende Konkurrenzdruck die Gewinnmarge herabdrückte.

Aus den vorstehenden Überlegungen ergibt sich weiterhin, daß die vorgenommenen Abschreibungen und die offenen, nicht ausgeschütteten Gewinne ebenso wie die auf dem Kreditwege erlangten Mittel in der Hauptsache zur Deckung des Ergänzungsbedarfs, dagegen nur zum geringen Teil für Ersatzinvestitionen im obigen Sinne verwandt wurden. Daneben sind allerdings in gewissem zahlenmäßig nicht feststellbarem Umfang auch Neuinvestitionen in Form von Betriebsverlagerungen aus der Sowjetzone und Berlin als Erweiterung bestehender Kapazitäten vorgenommen worden, doch dürfte deren Gewicht gegenüber den eigentlichen Nachhol- und Wieder-

herstellungsinvestitionen nicht allzu hoch zu veranschlagen sein.

Ergänzungsbedarf und Rüstungsbeitrag

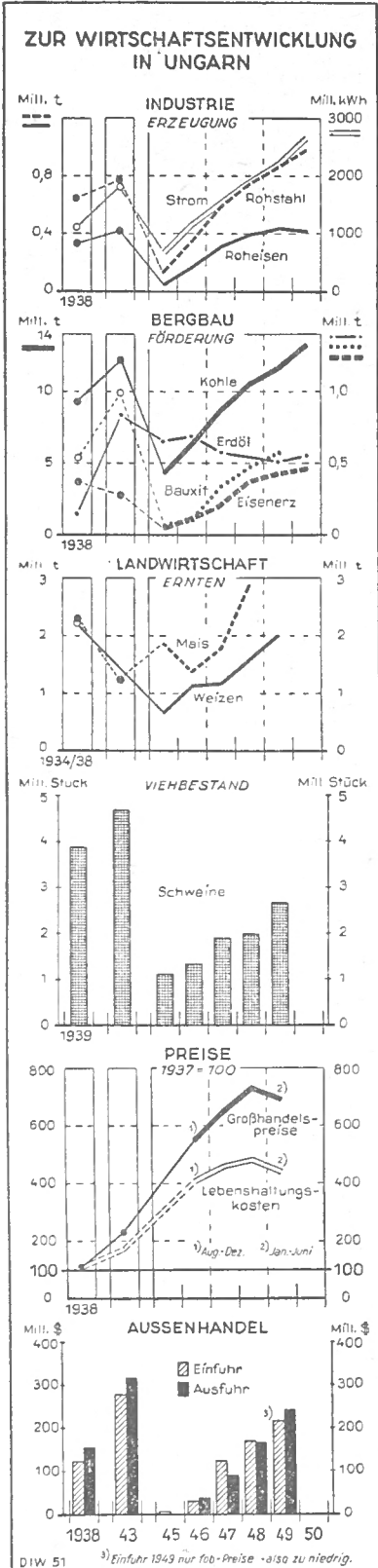
Eine gewisse Aktualität gewinnt diese Betrachtung im Zusammenhang mit der Erörterung über die Höhe des von der Bundesrepublik zu leistenden Beitrages zur europäischen Aufrüstung. Nach einem amerikanischen Vorschlag soll bekanntlich jedes beteiligte Land mindestens 10 vH seines Bruttosozialprodukts für Rüstungsausgaben aufbringen. In diesem Bruttosozialprodukt sind nicht nur die Neuinvestitionen, sondern auch die Abschreibungen bzw. die regulären Ersatzinvestitionen enthalten. Es steht außer Zweifel, daß durch eine so pauschale Formel die zwingende Notwendigkeit für einige Länder, darunter vor allem Deutschland, auch heute noch Nachhol- und Wiederauffüllungsinvestitionen in hohem Umfang vorzunehmen, nicht berücksichtigt werden kann. Es dürfte aber den Forderungen der Billigkeit entsprechen, wenn man vorschlägt, daß die Vorbelastung der volkswirtschaftlichen Leistung durch Investitionen, die lediglich dazu dienen, den früheren Leistungsstand wieder zu erreichen — wozu noch neben der Neuerstellung der in Ostdeutschland verloren gegangenen Produktionskapazitäten zusätzlich der Ausstattungsbedarf der Vertriebenen aus dem Osten und die Vorbelastung des Verbrauchs durch den privaten Nachhol- und Wiederauffüllungsbedarf hinzutritt — bei der Bemessung des Rüstungsbeitrages in Rechnung gestellt wird. Der einfachste Weg dieser Forderung gerecht zu werden, dürfte — was die Veranschlagung der Vorbelastung von der Investitionsseite her anbetrifft — der sein, die Nachhol- und Wiederauffüllungsinvestitionen vom Bruttosozialprodukt abzusetzen. Wenn auch, dank der hohen Selbstfinanzierungsquote der Industrie, der industrielle Produktionsapparat in weitem Umfang wieder den Leistungsstand der Vorkriegszeit erreicht hat¹⁾, so ist in anderen Bereichen der Wirtschaft vor allem auf dem Gebiet des Wohnungsbaues²⁾ und des Verkehrs noch vieles aufzuholen, so daß noch ein erheblicher Rückstand an gesamtwirtschaftlichen Nachhol- und Wiederauffüllungsinvestitionen angenommen werden muß. Berücksichtigt man lediglich die Vorbelastung von der Investitionsseite her, so ergeben sich ungefähr folgende Größenordnungen: Für 1950 ist das Sozialprodukt mit 92 Mrd. DM berechnet worden, wovon auf Bruttoinvestitionen rd. 19 Mrd. entfallen. Nimmt man an, daß davon nur ein Viertel bis ein Drittel als Neu- und Ersatzinvestitionen im oben definierten Sinne anzusehen sind, so würde sich das bereinigte Bruttosozialprodukt auf 78–80 Mrd. DM berechnen; der entsprechende Rüstungsbeitrag würde sich somit statt auf 9,2 Mrd. DM auf 7,8–8,0 Mrd. DM bemessen.

¹⁾ Damit ist natürlich nicht gesagt, daß die industrielle Sachgüterzeugung bereits wieder die gleiche Versorgung der Bevölkerung mit Verbrauchsgütern gewährleistet, da die Verbrauchsgüterproduktion erheblich hinter der Steigerung der Investitionsgüterproduktion zurückgeblieben ist, die Bevölkerung durch den Zustrom aus dem Osten stark zugenommen hat und noch ein erheblicher ungesättigter privater Nachholbedarf vorliegt.

²⁾ Die Konstellation des Verkäufermarkts führte allerdings zunächst auch für die Grenzbetriebe zu einer günstigen Gewinnmarge, die — falls sie nicht dem Konsum zugeführt wurde — einen gewissen Spielraum für Anlagenerneuerung auch für diese Betriebe ließ.

²⁾ Hier insbesondere, da es ja nicht nur gilt, die Kriegsschäden zu beseitigen, sondern auch die Vertriebenen neu mit Wohnraum auszustatten, wohingegen die Produktionsanlagen, die die ostdeutsche Bevölkerung mit Sachgütern versorgten, in Anbetracht der schwächeren Industrialisierung des deutschen Ostens, zu einem erheblichen Teil in West- und Mitteldeutschland lagen.

Zur ungarischen Wirtschaftslage



Ein besonderes Merkmal der ungarischen Wirtschaft nach dem Kriege ist die einseitige Bevorzugung der Industrie zu Lasten aller anderen Wirtschaftszweige. Während der Dreijahresplan 1947/49 sich noch im wesentlichen auf die Wiederherstellung der Vorkriegskapazitäten beschränkt hatte (32 vH der Planinvestitionen waren für die Industrie bestimmt), sieht der 1950 angelegene Fünfjahresplan eine Entwicklung der Industrie weit über das Vorkriegsniveau hinaus vor. Die anfangs in Höhe von 50,9 Mrd. Forint (davon 21,3 Mrd. F für die Industrie) geplanten Investitionen wurden später auf 80 bis 85 Mrd. Forint erhöht, von denen allein 50 vH für die Entwicklung der Schwerindustrie vorgesehen sind. Wenn auch die Strom-, Rohstahl- und Roheisenerzeugung den Vorkriegs-, ja den Höchststand während des Krieges überschritten hat, so blieb doch 1950 die Erzeugung hinter dem Plan-Ansatz zurück. Im Bergbau wurde die Vorkriegsleistung bzw. die Kriegsleistung noch nicht überall wieder erreicht. Die immer weiter greifende Sozialisierung hat sich offensichtlich neben der starken Fluktuation der Arbeiter lähmend auf alle Wirtschaftszweige ausgewirkt.

Trotz der Währungsreform im August 1946, mit der die ungeheure Nachkriegsinflation beseitigt wurde, bewegten sich Geldumlauf und Preise bis Mitte 1948 rasch aufwärts. Der dann einsetzende leichte Preiserückgang ist auf eine bessere Ernte zurückzuführen. Seitdem ist durch die weitgehende Verstaatlichung des gesamten Handels und die Einführung des doppelten Preisniveaus die Preisentwicklung unübersichtlich geworden. Die allgemeine Tendenz ist aber seit den Einschränkungmaßnahmen im letzten Jahr aufwärts gerichtet.

Unter der einseitigen Förderung der Industrie geriet die Landwirtschaft ins Hintertreffen und die Erzeugung blieb im ganzen noch hinter dem Vorkriegsstand zurück. Nachdem sich die Landwirtschaft in den Jahren 1948/49 von den schweren Rückschlägen der Kriegszeit und den Folgen der Bodenreform zu erholen begonnen hatte, suchte man die Bauern zur Kollektivierung zu drängen. Die von den Kolchosen bewirtschaftete Fläche stieg von 150 000 ha 1949 bis auf 471 000 ha im Frühjahr 1951, d. s. 8 vH der gesamten Ackerfläche von 5,6 Mill. ha. Die Dürre des Sommers 1950 und der innere Widerstand der Bauern gegen die Kollektivierung verhinderten eine weitere Aufwärtsentwicklung der landwirtschaftlichen Produktion, so daß der 1948/49 bekanntgewordene Stand nicht wesentlich überschritten worden sein dürfte. Die wachsenden Außenhandelsverpflichtungen Ungarns zur Lieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse als Gegenwert für eingeführte Investitionsgüter sowie die umfangreichen Lebensmittelreserven, die vom Staat angelegt werden, haben zu einer derartigen Verknappung landwirtschaftlicher Produkte auf dem Inlandsmarkt geführt, daß neuerdings für die wichtigsten Nahrungsmittel die Rationierung wieder eingeführt werden mußte.

Um die Ernte 1951 nicht zu gefährden, wurde durch Dekret vom 10. März 1951 die Kollektivierung bis zum Herbst d. J. suspendiert. Es bleibt abzuwarten, wie weit das Wort eines maßgebenden Politikers vom NEP-Stadium (d. h. einer Atempause auf dem Wege zur Sozialisierung), in das die ungarische Wirtschaft jetzt im Begriff sei einzutreten, in die Wirklichkeit umgesetzt wird. Es bestehen aber kaum Zweifel darüber, daß man angesichts des Rüstungsbeitrags für die Sowjetunion der ungarischen Bevölkerung noch stärkere Beschränkungen der Lebenshaltung auferlegen wird.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6, und Bonn, Schaumburg-Lippe-Straße 6.
Präsident: Dr. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Ferdinand Grünig, Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Hans Liebe, Dr. Karl Georg Mahnke, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstraße 2. Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany.
Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 30,—, halbjährlich DM 16,—, vierteljährlich DM 9,—.

Gegenstand	Ge- biet*)	Einheit†)	1950												1951				
			März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai		
Anzahl der Werktage:			27	23	24	25,5	26	27	26	26	25	24	26	24	25	25	24		
Bevölkerung																			
Bevölkerungsbestand, insgesamt	D	1000	E	68200 ¹⁰⁾	.	.	68400 ¹⁰⁾	.	.	68500 ^{10) 11)}	.	.	68600	.	.	68600	.	.	
"	DBR ¹⁾	"	"	47328	.	.	47480	.	.	47672	.	.	47798	47830	47862	47892	47936	.	
"	G-B	"	"	3321	3323	3327	3329	3332	3334	3335	3338	3340	3340	3340	3340	3339	3340	3341	
"	W-B	"	"	2128	2131	2135	2138	2142	2144	2146	2149	2152	2154	2155	2156	2154	2157	2159	
"	O-B	"	"	1193	1192	1192	1191	1190	1190	1189	1188	1187	1186	1185	1184	1185	1183	1182	
"	SBZ	"	"	17600	.	.	17550	.	.	17500	.	.	17450	.	.	17400	.	.	
Bevölkerungsbewegung																			
Geburten ²⁾	DBR	auf 1000		17,5	16,5	16,7	16,1	15,4	15,1	15,7	15,7	15,5	15,2	15,7	16,9	17,0	16,5	.	
"	G-B	Einwohner		11,6	11,2	11,0	11,4	10,3	9,7	10,0	9,7	9,4	9,7	9,6	10,0	10,1	10,0	10,6	
"	W-B	und 1 Jahr		11,2	10,8	10,7	11,1	10,1	9,4	9,5	9,6	9,4	9,3	9,4	9,5	9,8	9,3	10,0	
"	O-B	berechnet		12,2	11,9	11,5	11,9	10,7	10,2	10,8	9,9	9,5	10,4	10,1	11,0	10,7	11,3	12,0	
Sterbefälle ³⁾	DBR	"		11,7	10,9	10,5	9,9	9,2	9,0	8,9	9,7	10,8	11,1	12,8	13,4	12,2	11,0	.	
"	G-B	"		13,5	13,1	12,4	12,2	11,3	11,4	11,3	12,9	14,1	15,1	16,5	13,8	13,7	13,4	12,8	
"	W-B	"		13,0	12,4	12,1	11,9	10,9	11,0	10,6	12,7	13,7	14,4	16,0	13,2	12,8	12,8	12,3	
"	O-B	"		14,3	14,3	12,9	12,8	11,9	12,0	12,5	13,2	14,8	16,2	17,5	14,9	15,2	14,3	13,9	
Eheschließungen	DBR	"		7,2	11,7	13,7	9,0	10,2	10,2	13,1	11,9	11,5	12,8	6,3	7,6	11,0	9,3	.	
"	G-B	"		7,4	9,9	10,3	8,4	10,5	10,5	11,9	9,9	8,7	12,0	4,3	6,7	10,8	6,9	10,7	
"	W-B	"		7,1	9,0	9,8	8,0	9,7	9,9	11,1	9,6	8,2	10,8	4,1	6,3	10,1	6,9	10,0	
"	O-B	"		7,9	11,6	11,3	9,2	11,8	11,5	13,2	10,4	9,6	14,1	4,5	7,4	12,1	7,0	12,0	
Einkommen																			
Bruttosumme der Löhne in der Industrie	DBR	Mill. DM	S	914,4	868,1	943,7	958,3	968,5	1035,4	1043,9	1083,7	1141,1	1150,5	1145,2	1065,5	1179,1	1196,7	.	
"	"	1949 = 100	"	110,5	104,9	114,1	115,8	117,1	125,2	126,2	131,0	137,9	139,1	138,4	128,8	142,5	144,7	.	
Gehälter in der Industrie	"	Mill. DM	S	260,6	263,6	268,3	271,7	276,1	280,1	285,8	296,7	309,4	332,2	320,5	320,9	329,0	341,2	.	
"	"	1949 = 100	"	107,3	108,5	110,4	111,8	113,6	115,3	117,6	122,1	127,3	136,7	131,9	132,1	135,4	140,4	.	
Eisenbahn																			
Personenverkehr	DBR	Mill.	S	104,1	108,1	113,4	101,4	111,5	107,6	108,1	121,6	115,0	122,9	¹²⁾ 111,2	100,7	103,9	104,5	106,9	
Beförderte Personen	VWG	1949 = 100	"	89,8	96,4	97,7	90,2	95,5	91,0	95,5	104,3	101,2	104,2	¹³⁾ 98,5	98,8	91,9	95,7	.	
Personen-km	DBR	Mill.	"	2231,1	2390,4	2573,6	2363,1	2890,0	2833,2	2612,1	2570,7	2292,4	2752,5	¹²⁾ 2029,9	1887,8	2375,2	2150,9	2553,3	
Güterverkehr																			
Wagengestellung, arbeitstgl.	"	1000	TD	53,3	52,9	53,3	53,3	55,3	56,2	59,9	63,9	64,3	61,6	56,3	57,7	58,1	57,9	58,2	
Beförderte Güter ⁴⁾	"	1000 t	S	19794	16607	17018	17708	18795	20550	21383	23063	22421	20678	19943	19192	20790	20776	19530	
dar. Kohleversand	"	"	"	6842	5628	5671	5742	6435	7208	7136	7340	7237	7240	7629	7217	7590	7382	.	
Güterversand, arbeitstgl.	VWG	1949 = 100	"	98,9	97,6	95,8	93,2	98,2	104,1	111,2	118,7	118,8	115,2	¹³⁾ 104,6	107,8	112,1	112,1	.	
Güterversd. nach West-Berlin	DBR	1000 t	"	105,1	86,2	69,5	74,6	105,5	120,9	151,2	199,3	209,5	230,2	240,2	220,5	284,7	303,3	317,6	
Güterempf. aus West-Berlin	"	"	"	10,8	9,8	14,5	14,2	11,5	14,4	19,5	14,8	14,3	14,8	14,7	15,8	16,4	18,5	.	
Nettotonnen-km	"	Mill.	"	4236,4	3490,0	3402,8	3690,1	3842,1	4217,3	4310,4	4578,3	4569,1	4356,8	4302,2	4161,5	4586,6	4491,1	4162,1	
Binnenschifffahrt																			
Güterumschlag i.d. Binnenhäfen ⁵⁾	DBR	1000 t	S	7290,7	7191,0	8378,1	8668,4	9579,2	10616,3	10111,9	9725,4	9573,9	8524,6	7486,5	8489,1	9368,5	9917,2	9747,8	
Berlins m.d. Bundeshäfen	W-B	"	"	175,7	160,7	134,3	96,3	127,0	134,3	104,1	147,1	140,2	122,0	30,7	39,0	80,6	94,9	72,4	
Beförderte Güter ⁶⁾	DBR	"	"	5238,4	5118,9	5985,6	6325,4	6815,5	7185,2	7226,7	6840,3	6731,5	6183,4	5338,0	6081,9	6615,1	7055	6835	
Gel. Tonnen-km	"	Mill.	"	1187,5	1193,6	1428,7	1420,4	1564,3	1731,7	1758,3	1574,4	1517,5	1486,1	1241,6	1410,9	1580,2	1756	1735	
Seeschifffahrt																			
Güterumschlag, insgesamt	DBR	1000 t	S	2043	1647	1943	2134	2437	2834	2708	2658	2505	2627	2356	1994	2391	2295	.	
dar. Auslandsverkehr	"	"	"	1703	1347	1596	1764	2040	2351	2283	2272	2107	2165	2072	1746	2043	1901	.	
Post																			
Übermittelte Telegramme ⁷⁾	DBR	1949 = 100	S	99,2	98,0	110,6	103,2	113,5	122,2	120,4	112,3	110,2	121,5	106,7	98,3	111,7	101,7	.	
Fernsprechnahverkehr	"	"	"	107,0	100,9	105,3	107,8	109,6	111,6	115,4	117,9	117,0	122,4	121,4	110,5	118,6	118,4	.	
Fernsprechweitverkehr ⁷⁾	"	"	"	107,3	98,1	105,9	107,5	114,8	118,0	117,6	117,2	113,6	114,0	114,8	105,2	116,4	116,4	.	
Beförderte Pakete ⁷⁾	"	"	"	130,0	110,5	116,5	113,0	113,9	120,0	131,2	140,4	171,9	215,6	132,2	135,3	154,6	142,4	133,2	
Eingezahlte Postanweisungen u. Zahlkarten	"	"	"																
Anzahl	"	"	"	146,7	140,0	143,3	128,6	121,2	128,6	135,2	145,5	154,3	164,6	148,4	138,1	151,4	150,6	.	
Betrag	"	"	"	114,1	111,0	112,5	111,1	118,1	120,9	124,8	126,8	128,5	150,2	134,2	126,3	146,7	136,3	.	
Straßenverkehr																			
Beförderte Personen	DBR ⁸⁾	Mill.	S	269,1	259,9	266,3	255,2	254,8	257,6	259,1	264,8	272,5	279,6	274,7	252,8	265,4	263,2	.	
Straßenbahn	W-B	"	"	18,8	17,8	20,0	20,0	20,6	20,1	19,9	21,1	20,1	20,6	20,3	19,0	20,3	20,5	20,3	
Omnibus	DBR	"	"	65,8	62,8	64,5	62,7	66,9	69,4	68,8	71,7	76,4	83,7	85,2	77,5	84,5	77,5	.	
Omnibus u. Obus	W-B	"	"	4,7	4,7	5,3	5,3	5,7	5,7	5,1	5,6	5,3	5,6	5,5	5,3	5,7	6,2	6,3	
U-Bahn	"	"	"	11,2	10,0	10,6	10,4	10,3	10,1	10,7	11,5	11,3	11,6	11,4	10,6	11,2	10,3	10,1	
Einzelhandelsumsätze																			
Gesamter Einzelhandel	DBR	1949 = 100	S	102	103	105	98	110	110	116	114	121	180	121	110	129	117	118	
Nahrungs- und Genußmittel	"	"	"	99	100	96	95	106	100	103	98	104	144	103	99	118	105	107	
Bekleidung und Wäsche	"	"	"	113	116	136	109	124	124	135	141	148	235	149	123	142	133	139	
Hausrat und Wohnbedarf	"	"	"	98	95	98	99	113	121	137	134	144	205	144	133	149	1		

a) Berichtigte Zahl. — Vorläufige und geschätzte Zahlen sind kursiv gesetzt.^{2t}
 — 1) Woche rechnet von Montag bis Sonntag. — 2) Ohne Stromverbrauch der S-Bahn. — 3) Allg. Aktienindex Frankfurt/M. (Börsenindex der F.A.Z.), freitags. — 4) Stimmaktien, London („Financial Times“), freitags. — 5) 365 Industriek Aktien, New York (Standard and Poor), mittwochs. — 6) Stichtagsnotierungen. — 7) Stichtagsnotierungen. — 8) „The Economist“, freitags. — 9) Ab 2.7.51 werden die Kurse in vH ihres im Verhältnis 10:1 von RM auf DM umgestellten Nennwertes angegeben.
 — 10) gesetzlich.